

Sehr geehrte Frau Richterin Gleesner,

ich möchte nun meine Beweggründe vortragen und hoffe auf Verständnis und Nachdenken und auf ein kluges Wichten Ihrerseits von Recht und Vernunft. Kann aus Ihrer Sicht Vernunft Unrecht sein?

In der DDR-Zeit fand ich es höchst ungerecht, dass junge Männer, die 3 Jahre bei der Armee waren, einen besseren Studienplatz bekamen, als andere, die kürzer „dienten“ oder Bausoldaten waren. Mein damaliger 18-jähriger Freund schrieb an eine Brückenkonstruktion in Magdeburg die Losungen „Stell dir vor, es gibt Krieg und keiner geht hin!“ und „Schwerter zu Pflugscharen!“, dafür ist er ein Jahr ins Gefängnis gegangen. Andere Freunde, die zur Armee gegangen sind, habe ich bekniert, nicht an die innerdeutsche Grenze zu gehen und falls doch, dann niemals zu schießen. Auch die DDR-Regierung setzte auf das Motto „Der Friede muss bewaffnet sein!“.

Ich habe immer gegen dieses Setzen auf militärische Stärke gekämpft. 1989 sind wir auf die Straße gegangen für ein Stück mehr Demokratie, für mehr Meinungsfreiheit und weniger Bürokratie (nicht ahnend, dass sich die Bürokratie vervielfachen würde) und natürlich für Demonstrationsrecht.

Bis 1990/1991 war es undenkbar, dass die (alte) Bundesrepublik Deutschland allein oder im Bündnis mit anderen Staaten in irgendeinen Konflikt der Welt militärisch eingegriffen hätte. Warum tut sie es heute?

Der Truppenübungsplatz, um den es hier geht, liegt unweit von meinem Zuhause. Das Gelände ist riesig, 32 km in Nord-Süd-Ausdehnung und 11 km in Ost-West-Ausdehnung. Seit über 79 Jahren wird die Colbitz-Letzlinger Heide für Kriegsvorbereitung und Rüstungsexperimente missbraucht, sie war und ist ein kriegsrelevanter Militärstandort in Deutschland.

Als hier 1935 die Heeresversuchsanstalt Hillersleben eingerichtet wurde, lebte ich noch nicht. Die Firma Rheinmetall AG, die seit 2008 das GÜZ als PPP-Projekt betreibt, war im Dritten Reich die staatliche Waffenschmiede. Sie entwickelte die „Dora“, die größte je gebaute Kanone. Hier in Hillersleben wurde eine 30 km lange Schießbahn in den Heidewald geschlagen und die Waffe getestet. Nach 1945 nutzte die Sowjetarmee das Gelände als Panzerübungsplatz. 1991 beschloss der Landtag die ausschließlich zivile Nutzung des Geländes, ein Naturpark mit zahlreichen Arbeitsplätzen im Tourismusbereich sollte entstehen, 1993 beschloss dann der Bundestag die Weiterführung des Truppenübungsplatzes, 1994 besetzte die Bundeswehr das Areal, 2001 nahm das Gefechtsübungszentrum Heer - das GÜZ - den Betrieb auf. Nun wird hier mit modernster Lasertechnik für den Krieg geübt. Für die „deutsche Sicherheit“ am Hindukusch und sonst wo auf der Welt, wo, wie schon der ehemalige Minister Volker Rühle in den sicherheitspolitischen Richtlinien von 1993 vorgab, die „Interessen Deutschlands am Zugang zu Rohstoffen und Weltmärkten..“ gewährt werden müssen. In den Medien wird dagegen behauptet, es sind humanitäre Einsätze für Demokratie und Menschenrechte.

Heute am 15.09. hätte unsere 2009 verstorbene Friedensaktivistin, Atomkraftgegnerin und Mitbegründerin des Neuen Forums Frau Dr. Erika Drees Geburtstag. Sie hat das Motto „Frieden braucht unseren Mut“ richtig gelebt. Sie hat u.a. mit Aktionen darauf aufmerksam gemacht, dass auf dem Fliegerhorstgelände Büschel die amerikanische Regierung einsatzbereite Atomsprengköpfe lagert. Erika hat sich immer gefragt, dient es der Gerechtigkeit? Ich bin sicher, hätten Sie, Frau Richterin Gleesner, unsere Erika, die eben nicht nur eine gute Ärztin, eine gute Mutter und eine gute Christin war, sondern immer auch eine kluge und mutige Kämpferin für Frieden und Gerechtigkeit, gekannt, Sie hätten sie auch bewundert.

Ich stehe hier natürlich, weil ich mich bekenne, am 04.08.2013 einen Weg durch das GÜZ-Gelände zu unserem Friedensweg gewählt zu haben. Es sollte ein friedlicher Spaziergang werden und gleichzeitig ein Geburtstagsgeschenk zum 20. Geburtstag der Bürgerinitiative OFFENE HEIDE sein. Stattdessen wurden wir über Stunden festgehalten, die Rucksäcke kontrolliert und dann aus reiner Schikane nicht auf dem kürzesten, sondern auf dem längsten Weg „rausgetrieben“, 11 km bei sengender Sonne zu Fuß, vorne und hinten von Militärfahrzeugen „eskortiert“. Ich bin erstaunt, dass die Bundeswehrverwaltung trotz dieser verübten Selbstjustiz, noch die Frechheit besitzt, ein Bußgeld in nicht unerheblicher Höhe zu erheben.

Ich stehe hier auch, weil ich mich verpflichtet fühle, auf die Gefahren der zunehmenden Militarisierung und damit verbunden auf die Gefahr, die von einem Truppenübungsplatz wie diesem ausgeht, hinweisen zu müssen. Das Recht auf friedliches Leben und Gesundheit aller Menschen ist für mich ein höheres Rechtsgut, als das Betreten eines verbotenen Platzes.

Die Bundeswehr wirbt an Schulen für weltweite Militäreinsätze. Den Kindern und Jugendlichen ist oft nicht klar, dass eine Karriere bei der Bundeswehr nicht Spaß und Action, sondern Krieg und Töten bedeutet. Friedensgruppen, wie die unsere, dürfen dagegen nicht in die Schulen, um von ihrer Arbeit und ihren Visionen für eine friedvolle gerechte Welt zu berichten. Und es ist wie früher, Soldaten und Soldatinnen haben nach ihrem Dienst bei der Bundeswehr bessere Karrierechancen als gleichaltrige andere Menschen. Sie werden z.B. im Finanzamt nach der Steuerbeamtenausbildung übernommen, wenn sie ihre Ausbildung mit der Note „Ausreichend“ beenden, andere müssen die Note „Befriedigend“ erreichen. Wieso diese Ungerechtigkeit?

Die Bürgerinitiative OFFENE HEIDE setzt sich hier seit Jahren für ein Naturparkkonzept mit vielfältigen lokalen Wirtschaftspotentialen ein. Seit 21 Jahren machen wir auf den Kriegsschauplatz vor unserer Haustür mit vielfältigen Aktionen aufmerksam, mit Friedenswegen und Ostermarsch, mit Teilnahme am Sachsen-Anhalt-Tag, an Kirchentagen und Parteitagen. So erfährt die Bevölkerung, dass die Soldaten, die in Auslandseinsätze geschickt werden, hier in der Colbitz-Letzlinger Heide ihren letzten Schliff bekommen.

Seit 2012 wird auf dem Militärgelände die Phantomstadt „Schnöggersburg“ gebaut, mit über 520 Gebäuden, einer Altstadt mit Basar, Regierungspalästen, Einkaufsmeile, Hochhäusern, Museum, Industriegebiet, U-Bahn-Tunnel, Fluss mit Brücke, Bahnhof, Stadion, Tankstelle, Behelfslandebahn, Elendsvierteln, Trümmerlandschaften, Straßen und Kanalisation. Es ist ein weiterer Schritt für eine weltweite und permanente Kriegsbefähigung. Sicherheit soll nicht mehr geografisch begrenzt sein. Weiter als hin bis zur Frage, wie man am besten fremde Städte einnimmt, kann man sich vom Konzept der Verteidigungsarmee, das ja im Grundgesetz festgeschrieben ist, kaum entfernen.

Bundespräsident Horst Köhler hat sein Amt im Mai 2010 niedergelegt für folgende Worte: „Meine Einschätzung ist aber, dass wir insgesamt auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall, auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen“.

Bundespräsident Joachim Gauck hat sich im Januar 2014 auf der Münchner Sicherheitskonferenz dafür ausgesprochen, dass sich Deutschland „früher, entschiedener und substanzieller“ einbringen soll. Es habe „früher eine gut begründete Zurückhaltung der Deutschen gegeben“, bei internationalen Einsätzen und Konfliktfällen aktiv zu werden. Heute sei das Land aber eine „solide und verlässliche Demokratie“, zu deren wachsender Verantwortung gehöre, den Einsatz

militärischer Gewalt „als letztes Mittel nicht von vornherein zu verwerfen“. Im Juni betonte er erneut, „Und in diesem Kampf für Menschenrechte oder für das Überleben unschuldiger Menschen ist es manchmal erforderlich, auch zu den Waffen zu greifen“.

Das entspricht aber nicht dem Artikel 1, Absatz 2 des Grundgesetzes „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Im Artikel 26, Absatz 1 steht nämlich „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Bundespräsident Gustav Heinemann hatte offensichtlich den Text des Grundgesetzes mehr verinnerlicht. Auch er war Bundespräsident in einer widerspruchsvollen Zeit. Ich zitiere nur 5 Sätze aus seiner Rede „Dem Frieden dienen“ vom 01. Juli 1969: „Der Mensch ist im Begriff, den Mond zu betreten, und er hat doch immer noch diese Erde aus Krieg und Hunger und Unrecht nicht herausgeführt....Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr...Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben unserer Politik, Vertrauen aufzuschließen. Dieser Aufgabe sind alle Machtmittel unterzuordnen - die zivilen und militärischen.“

Heute weiß man - deutsche Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern erhöhen sich aber ständig. Von Deutschland geht wieder Krieg aus, das ist die bittere Wahrheit. Ich habe Angst vor dieser Entwicklung. Konflikte kann man nicht mit Gewalt und Militär lösen. Wie perspektivlos diese Politik ist, zeigt das Beispiel Afghanistan. Der Versuch, in Afghanistan mit militärischen Mitteln nachhaltigen Frieden zu schaffen, ist gescheitert.

Gewalt erzeugt Gegengewalt, dieser Erkenntnis können sich bestimmt alle hier Anwesenden anschließen. Als Mutter von 3 Söhnen musste ich oft Konflikte lösen. Hätte ich mit Schlägen reagiert, wären die drei Jungs eingeschüchtert und verstummt, aber kein einziges Problem wäre gelöst worden. Nur Geduld, Einfühlbarkeit, ein faires Miteinander, Zuhören und Verstehen - ein ständiger gemeinsamer Lernprozess - bringen Lösungen auf Augenhöhe. Dazu fallen mir Stichworte ein, wie „friedliche Konfliktlösung“ oder „Vertrauen schaffen - ohne Waffen“. Gemeinsam mit meinem Mann, der Mahatma Gandhi bewundert, haben wir unsere Söhne zu mutigen, kritischen Männern erzogen, für die es selbstverständlich war, ihren Gerechtigkeitsinn nicht in den Dienst der Bundeswehr zu stellen. Schon Albert Einstein bemerkte „Ein kluger Kopf passt unter keinen Stahlhelm“ und würdigte Gandhi als einen Mann „welcher der Brutalität Europas die Würde des schlichten Menschenwesens gegenüberstellte“. Auch Voltaires Erkenntnis „Alle Kriege sind nur Raubzüge“ passt in jede Zeit und in jede Gesellschaftsform - auch heute!.

In diesem Sinne möchte ich auch weiterhin als Antimilitaristin, Friedensaktivistin und Pazifistin kreativen vielfältigen Protest leisten und Zivilcourage zeigen. Fehlende Zivilcourage, war den „Ossis“ über 40 Jahre von den „Wessis“ vorgeworfen worden. Nun - wir sind aktiv! Ich bitte Sie als Richterin, die Sie über Recht und Unrecht befinden, zu erkennen, dass Kriegsgegnerin zu sein, eine Tugend ist und keine Bedrohung für die öffentliche Ordnung.

Zum Schluss möchte ich mit zwei sehr wichtigen Sätzen von Bertha von Suttner schließen. Der erste ist: „Der Krieg besteht nicht darum weiter, weil es Böses gibt, sondern weil man ihn immer noch für gut hält“ und der zweite „Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden“.